

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204735]

**15. DEZEMBER 2022 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 27. Juni 2022
über das Pflegegeld für Senioren**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, Artikel 25 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 7 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018;

Aufgrund des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren, Artikel 7, Artikel 10 Absatz 3, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12, Artikel 14 Absatz 4, Artikel 15 Absatz 3, Artikel 17 Absätze 1 und 3, Artikel 18 Absatz 3, Artikel 20 Absatz 3 Nummern 1 und 3, Artikel 25 Absatz 2, Artikel 26 § 1 Absatz 2, Artikel 27, Artikel 33 Absatz 3, Artikel 35 § 1, § 2 Absatz 2, § 3 Absatz 2 und Artikel 42 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 5. März 1990 über die Beihilfe zur Unterstützung von Betagten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für die Seniorenunterstützung vom 11. August 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 26. August 2022;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 198/2022 der Datenschutzbehörde vom 9. September 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 21. Oktober 2022;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 27. Oktober 2022;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 72.437/1 des Staatsrates, das am 1. Dezember 2022 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Seniorenpolitik zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Kapitel 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren;
2. Verwaltung: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
4. Pflegegeld: das in Kapitel 2 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren erwähnte Basispflegegeld und der Sozialzuschlag;
5. Werktag: alle Tage, mit Ausnahme der Samstage, der Sonntage und der gesetzlichen Feiertage.

Kapitel 2 — Pflegegeld für Senioren

Abschnitt 1 — Basispflegegeld

Art. 2 - Unvereinbarkeiten mit dem Basispflegegeld

§ 1 - Wenn der Senior zum Zeitpunkt des Einreichens des Antrags eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder eine Eingliederungsbeihilfe im Sinne des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung gemäß Artikel 10 Absatz 1 des Dekrets bezieht, prüft die Verwaltung, ob das Pflegegeld für den Senior vorteilhafter ist als die Beihilfe.

Wenn das Pflegegeld vorteilhafter ist und die übrigen in den Artikeln 4, 7 und ggf. 9 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt sind, kann ein positiver Beschluss über die Gewährung des Pflegegeldes gemäß den Artikeln 11 und 13 gefasst werden. Wenn das Pflegegeld nicht vorteilhafter ist, wird kein Pflegegeld gewährt.

§ 2 - In dem gemäß Artikel 7 durch die Verwaltung zur Verfügung gestellten Formular oder der Informatikanwendung gibt der Antragsteller an, ob der Senior eine in Artikel 10 des Dekrets erwähnte Beihilfe oder eine in Artikel 14 des Dekrets erwähnte Leistung erhält oder erhalten hat und gibt den Betrag dieser Beihilfe bzw. Leistung an.

Abschnitt 2 — Gemeinsame Bestimmungen

Art. 3 - Indexierung

Die in den Artikeln 6 und 8 des Dekrets erwähnten Beträge werden jährlich ab dem Jahr 2024 im Januar aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat September des Vorjahres angepasst.

Art. 4 - Modalitäten beim Zusammentreffen von gleichartigen Leistungen

In Abweichung von Artikel 16 tritt der Beschluss über den Antrag des Seniors, der aus einem anderen Gliedstaat in das deutsche Sprachgebiet umgezogen ist und der zum Zeitpunkt des Umzugs eine mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung eines anderen Gliedstaats erhielt, ab dem ersten Tag des Monats nach dem Umzug in Kraft, insofern der Antrag innerhalb von drei Monaten nach dem Umzug gestellt wurde.

Als Umzug im Sinne von Absatz 2 versteht man die in Artikel 1 § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über Bevölkerungsregister, Personalausweise, Ausländerkarten und Aufenthaltsdokumente erwähnte Eintragung des Seniors im Bevölkerungsregister oder im Fremdenregister auf Grundlage der Daten des Nationalregisters.

Kapitel 3 — *Gewährungs- und Rückförderungsverfahren*

Abschnitt 1 — *Anträge*

Art. 5 - Mindestalter zum Einreichen eines Antrags

Der Antragsteller kann frühestens einen Antrag auf Pflegegeld an dem Tag einreichen, an dem der Senior das gesetzliche Pensionsalter erreicht.

Art. 6 - Einreichen eines Antrags

In Anwendung von Artikel 17 des Dekrets reicht der Antragsteller einen Antrag auf Pflegegeld bei der Verwaltung ein.

Der Antrag kann schriftlich oder digital eingereicht werden. Ein digitaler Antrag kann ebenfalls in Form eines Onlineformulars, welches der Antragsteller selbst oder mit Hilfe der Dienststelle, der Verwaltung oder einer anderen Einrichtung ausfüllt, eingereicht werden.

Zieht ein Senior von einem anderen Gliedstaat in das deutsche Sprachgebiet und erhält zum Zeitpunkt seines Umzugs eine mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung, muss er einen neuen Antrag gemäß vorliegendem Erlass stellen.

Art. 7 - Form des Antrags

Der Antragsteller reicht den Antrag mit Hilfe eines von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Formulars ein, das entweder per Post an die Verwaltung oder über die zu diesem Zweck erstellte Online-Anwendung ausgefüllt und verschickt wird.

Art. 8 - Inhalt des Antrags

§ 1 - Zusätzlich zu den Daten, auf die die Verwaltung unter Berücksichtigung der anwendbaren Vorgaben bezüglich des Datenschutzes Zugriff hat, kann sie insbesondere die in vorliegendem Artikel aufgeführten Informationen über das Antragsformular abfragen.

§ 2 - Das Antragsformular für das Pflegegeld für Senioren kann folgende Informationen, die den Senior betreffen, abfragen:

1. Name, Vorname, Nationalregisternummer, Versicherungsstatuts, Geburtsdatum, Geschlecht, Wohnsitz, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
2. Angaben darüber, ob in den letzten sechs Monaten ein BelRAI-Screener durchgeführt wurde;
3. Kontaktsprache;
4. Angaben darüber, ob ein Anrecht auf erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung besteht;
5. Angaben darüber, ob gemäß den Artikeln 10 und 14 des Dekrets Anrechte auf andere innerbelgische Beihilfen bestehen, deren Höhe und die zuständige Behörde;
6. Angaben darüber, ob Anrechte auf ausländische Sachleistungen im Bereich der Geldleistungen bei Pflegebedürftigkeit gemäß den Artikeln 3 und 34 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit bestehen, deren Höhe und die zuständige Behörde im betroffenen Mitgliedstaat;
7. Kontonummer und Bankverbindung.

Das in Absatz 1 erwähnte Antragsformular für das Pflegegeld kann darüber hinaus folgende Informationen über den gesetzlichen Vertreter und den Bevollmächtigten des Seniors abfragen:

1. Name, Vorname, Wohnsitz oder Geschäftssitz, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
2. Bezug zum Senior.

§ 3 - Zusätzlich zu den in § 2 erwähnten Daten wird das Datum der Antragstellung und der Name des zuständigen Mitarbeiters der Dienststelle abgefragt. Das Antragsformular enthält zudem ein Feld, mit dem der Antragsteller der Verwaltung die Erlaubnis erteilt, die Identität des Kontoinhabers zu überprüfen.

Abschnitt 2 — *Bearbeitung der Anträge*

Art. 9 - Nationalregister der natürlichen Personen

Die Verwaltung richtet sich an das Nationalregister der natürlichen Personen, um die gemäß Artikel 3 Absätze 1 und 2 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen genannten Daten zu erhalten oder um die Richtigkeit dieser Informationen zu überprüfen.

Die Verwendung einer anderen Quelle ist nur zulässig, wenn die erforderlichen Daten nicht beim Nationalregister der natürlichen Personen verfügbar sind.

Art. 10 - Bei der Bearbeitung zu verwendende Informationen

§ 1 - Die Verwaltung prüft den Antrag auf Grundlage der vom Antragsteller zur Verfügung gestellten Informationen und der Informationen, die sie unmittelbar bei der Einrichtung oder Person einholt, die über die Informationen verfügt.

Unbeschadet der Kontrollmöglichkeit der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass die vom Antragsteller eingereichten Informationen, Dokumente und Belege wahrheitsgetreu sind.

§ 2 - Für die Zwecke der administrativen Prüfung verarbeitet die Verwaltung unter anderem die gesetzlichen Identifikationsdaten, die im Nationalregister der natürlichen Personen enthalten sind.

Art. 11 - Bearbeitungsverfahren

§ 1 - Die Verwaltung stellt dem Senior eine Empfangsbestätigung aus, in der das Datum des Eingangs des Antrags vermerkt ist.

Als Eingangsdatum gilt das Datum, an dem der Antrag zur Entgegennahme durch die Verwaltung abgestempelt wird oder das Datum, an dem die Verwaltung den Antrag mittels der für die Einreichung des Antrags eingerichteten Online-Anwendung erhalten hat.

§ 2 - Die Verwaltung beschließt innerhalb einer Frist von 20 Werktagen ab dem in § 1 erwähnten Eingangsdatum, ob:

1. dieser vollständig ist;
2. der Senior gemäß Artikel 4 § 1 Absatz 1 Nummer 1, § 2 Nummer 1, § 3 Nummer 1 oder § 4 Absatz 1 des Dekrets in den Anwendungsbereich des Dekrets fällt.

§ 3 - Ist der Antrag vollständig, setzt die Verwaltung den Antragsteller darüber in Kenntnis.

Wenn der Antrag nicht vollständig ist, teilt die Verwaltung dem Senior schriftlich mit, welche zusätzlichen Informationen oder Dokumente er binnen einer Frist von einem Monat nach Notifizierung des Schreibens, mit dem diese Dokumente angefordert werden, vorlegen muss. Legt der Senior die zusätzlichen Informationen oder Dokumente nicht binnen dieser Frist vor, findet Artikel 18 Absatz 2 des Dekrets Anwendung.

§ 4 - Wenn der Antrag vollständig ist, die in Artikel 4 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt sind und in den letzten sechs Monaten noch kein BelRAI-Screener durchgeführt wurde, ist Artikel 12 anwendbar.

Wenn der Antrag vollständig ist, die in Artikel 4 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt sind und in den letzten sechs Monaten ein BelRAI-Screener durchgeführt wurde, ist Artikel 13 anwendbar.

§ 5 - Wenn die in § 2 Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Bedingung nicht erfüllt ist, erklärt die Verwaltung den Antrag für unzulässig.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Unzulässigkeitsklärung per Einschreiben. Diese vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 12 - Ermittlung des Unterstützungsbedarfs durch die Dienststelle

§ 1 - Wenn beim Senior innerhalb der letzten sechs Monate noch kein BelRAI-Screener durchgeführt wurde oder der Senior eine Revision seines Unterstützungsbedarfs gemäß Artikel 14 beantragt, leitet die Verwaltung den Antrag an die Dienststelle weiter.

§ 2 - Nach Erhalt des Antrags übermittelt die Dienststelle dem Senior eine Einladung zwecks Ermittlung des Unterstützungsbedarfs auf Grundlage des BelRAI-Screeners.

Gemäß Artikel 7 § 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte der Patienten hat der Senior das Recht, bei der Ermittlung des Unterstützungsbedarfs von einer Vertrauensperson unterstützt zu werden.

§ 3 - Innerhalb einer Frist von 30 Werktagen ab Erhalt des Antrags ermittelt die Dienststelle den Unterstützungsbedarf des Seniors und übermittelt der Verwaltung den Antrag zwecks Weiterbearbeitung.

Art. 13 - Entscheidung über den Antrag

Der Minister entscheidet innerhalb der in Artikel 19 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Frist über die Gewährung oder Verweigerung des Pflegegelds auf Grundlage der Prüfung des Unterstützungsbedarfs des Seniors und der in den Artikeln 4, 7 und 9 des Dekrets festgelegten Bedingungen.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers. Eine ablehnende Entscheidung wird per Einschreiben übermittelt und vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 14 - Revision des Anrechts auf Antrag des Antragstellers

§ 1 - Der Antragsteller kann einen Antrag auf Revision des Anrechts auf Pflegegeld stellen, wenn er der Ansicht ist, dass Änderungen vorliegen, die die Gewährung oder eine Erhöhung des Pflegegelds rechtfertigen.

Ein Antrag auf Revision wird gemäß Artikel 6 eingereicht.

Die Prüfung des Antrags auf Revision erfolgt gemäß den Artikeln 9 bis 13.

Nur wenn der Antrag auf Revision die Ermittlung des Unterstützungsbedarfs betrifft, führt die Dienststelle eine neue Ermittlung des Unterstützungsbedarfs gemäß Artikel 12 durch.

§ 2 - Hat die Ermittlung des neuen Unterstützungsbedarfs zur Folge, dass das Pflegegeld erhöht wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am Tag des Monats in Kraft, in dem sein Unterstützungsbedarf sich verändert hat. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt, dass sich der Unterstützungsbedarf am Tag des Antrags auf Revision verändert hat.

§ 3 - Hat die Ermittlung des neuen Unterstützungsbedarfs zur Folge, dass das Pflegegeld gemindert wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am ersten Tag des darauffolgenden Monats in Kraft, in dem sich der Senior in einer der in § 1 genannten Situationen befindet.

Art. 15 - Revision des Anrechts von Amts wegen

§ 1 - Gemäß Artikel 11 Absatz 1 des Dekrets kann eine Revision des Anrechts auf Pflegegeld von Amts wegen in folgenden Fällen vorgenommen werden:

1. wenn der Senior eine oder mehrere der in Artikel 4 des Dekrets erwähnten Bedingungen nicht mehr erfüllt;
2. wenn eine Änderung des Unterstützungsbedarfs des Seniors eintritt;
3. wenn der Beschluss über die erstmalige Gewährung des Pflegegelds einen rechtlichen oder materiellen Irrtum aufweist;
4. wenn Elemente vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Unterstützungsbedarf des Seniors sich verändert hat und der Senior die Verwaltung nicht gemäß Artikel 23 informiert hat.

§ 2 - Hat das Eintreten einer der in § 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Situationen zur Folge, dass das Pflegegeld erhöht wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am Tag des Monats in Kraft, in dem sein Unterstützungsbedarf sich verändert hat.

Hat das Eintreten einer der in § 1 Nummer 2 erwähnten Situation Folge, dass das Pflegegeld gemindert wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am ersten Tag des darauffolgenden Monats in Kraft, in dem sich der Senior in einer der in § 1 genannten Situationen befindet.

Tritt die in § 1 Nummer 3 erwähnte Situation ein, wird der neue Beschluss an dem Tag wirksam, an dem der fehlerhafte Beschluss hätte wirksam werden müssen und dies unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen.

Der Beschluss über die Revision von Amts wegen kann nicht vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Beschlusses über die erstmalige Gewährung des Pflegegelds wirksam werden.

Abschnitt 3 — Beschlüsse

Art. 16 - Wirksamkeit der Beschlüsse

Beschlüsse über einen Antrag auf Pflegegeld treten an dem Tag in Kraft, an dem der Anspruch auf das Pflegegeld gemäß Artikel 13 des Dekrets entsteht.

Art. 17 - Fristen für die Notifizierung

In Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 Nummer 1 des Dekrets und unbeschadet des Artikels 16 setzt die Verwaltung die betroffenen Personen innerhalb von zwei Wochen ab der Beschlussfassung und spätestens zum Zeitpunkt der Ausführung von jedem Beschluss, der sie betrifft, in Kenntnis.

Art. 18 - Notifizierung durch Einschreiben

In Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 Nummer 3 des Dekrets erfolgt jede Notifizierung eines Beschlusses zur Rückforderung eines zu Unrecht ausgezahlten Pflegegelds per Einschreiben.

Wenn der Senior das in Absatz 1 erwähnte Einschreiben nicht abholt, notifiziert die Verwaltung dem Senior den Beschluss durch ein gewöhnliches Schreiben. Dieses Schreiben vermerkt das Datum des in Absatz 1 erwähnten Einschreibens. Das Datum des Einschreibens gilt als Referenzdatum für alle sich aus der Rückforderung ergebenden Rechtsfolgen und Fristen.

In Abweichung von Absatz 1 erfolgt eine Notifizierung nicht per Einschreiben, wenn der zu Unrecht ausgezahlte Betrag die Summe von 50 Euro nicht übersteigt.

Abschnitt 4 — Einsprüche

Art. 19 - Einspruchsverfahren

Der Senior kann einen Einspruch bei der Verwaltung einreichen, indem er das in Artikel 20 erwähnte Einspruchsformular ausfüllt. Er füllt dieses Formular entweder selbst aus oder kontaktiert die Dienststelle, die Verwaltung oder eine andere Einrichtung, um dieses gemeinsam mit einem Personalmitglied auszufüllen.

Zur Vermeidung der Unzulässigkeit des Einspruchs beantragt der Senior das Einspruchsformular bei der Verwaltung innerhalb von 30 Kalendertagen ab der in Artikel 17 erwähnten Notifizierung des Beschlusses.

Art. 20 - Einspruchsformular

§ 1 - Die Verwaltung stellt allen Senioren, denen ein Beschluss über die Gewährung oder Verweigerung des Pflegegelds beziehungsweise über eine Revision oder Revision von Amts wegen gemäß Artikel 17 notifiziert wird, auf Anfrage ein Einspruchsformular zur Verfügung.

Das in Absatz 1 erwähnte Formular enthält folgende Angaben:

1. Nationalregisternummer, Name, Vorname, Wohnort und Telefonnummer des Seniors oder Antragsteller;
2. Aktennummer der Anfrage des Seniors;
3. Art und Inhalt der Informationen und Dokumente, die der Senior der Dienststelle oder der Verwaltung mitgeteilt bzw. bei ihr eingereicht hat;
4. Grund des Einspruchs;
5. Bestätigung, dass der Senior über den weiteren Verlauf seines Einspruchs innerhalb der Verwaltung informiert und aufgeklärt wurde;
6. Ansprechpartner der Verwaltung, der den Einspruch in Empfang nimmt;
7. Ort und Datum;
8. Unterschrift des Seniors oder Antragstellers.

§ 2 - Zur Vermeidung der Unzulässigkeit des Einspruchs reicht der Senior das Einspruchsformular sowie alle für den Einspruch sachdienlichen Unterlagen innerhalb eines Monats ab dessen Übermittlung durch die Verwaltung ein.

Art. 21 - Bearbeitung und Entscheidung über den Einspruch

§ 1 - Insofern der Einspruch die Ermittlung des Unterstützungsbedarfs betrifft, übermittelt die Verwaltung diesen der Dienststelle. Die Dienststelle prüft diesen und führt ggf. eine erneute Ermittlung des Unterstützungsbedarfs gemäß den in Artikel 12 vorgesehenen Modalitäten durch. Die Prüfung des Einspruchs und die etwaige erneute Ermittlung wird durch andere Mitarbeiter gewährleistet als diejenigen, die die ursprüngliche Ermittlung durchgeführt haben.

Innerhalb einer Frist von 30 Werktagen ab Erhalt des Einspruchs seitens der Verwaltung übermittelt die Dienststelle der Verwaltung die Ergebnisse ihrer Prüfung des Einspruchs.

§ 2 - Der Minister entscheidet über den Einspruch innerhalb von 45 Werktagen nach Erhalt des Einspruchsformulars. Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung per Einschreiben.

Lehnt der Minister den Antrag erneut ab, vermerkt die Entscheidung:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

*Abschnitt 5 — Durch die Verwaltung oder den Antragsteller zu erteilende Informationen***Art. 22 - Durch die Verwaltung zu erteilende Informationen**

Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 20 des Dekrets erteilt die Verwaltung dem Antragsteller auf dessen Antrag hin alle dienlichen Informationen bezüglich seiner Rechte und Pflichten und übermittelt ihm auf eigene Initiative alle zusätzlichen Informationen, die für die Bearbeitung seines Antrags oder zur Wahrung seiner Rechte notwendig sind. Sie berät ihn darüber hinaus über die Ausübung seiner Rechte oder die Erfüllung seiner Pflichten.

Die Verwaltung erteilt dem Antragsteller folgende dienliche Informationen:

1. die Gewährungsbedingungen des jeweils beantragten Pflegegelds;
2. die Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Gewährung des Pflegegelds;
3. die für die Berechnung des Betrags des Pflegegelds in Betracht gezogenen Elemente;
4. die in der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG sowie die im Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnten Informationen. Diese Informationen erteilt die Verwaltung dem Antragsteller zum Zeitpunkt des Antrags aus eigener Initiative.

Die Verwaltung informiert den Antragsteller von Amts wegen bei jedem Antrag auf Pflegegeld darüber, welche Informationen er der Verwaltung gemäß Artikel 23 zwecks korrekter Bearbeitung des Antrags auf Pflegegeld zu erbringen hat.

Die in Absatz 1 erwähnte Information:

1. gibt die Kennzeichnung der behandelten Akte deutlich wieder;
2. ist präzise und vollständig;
3. ist kostenlos;
4. wird innerhalb einer Frist von 45 Werktagen erteilt.

Art. 23 - Durch den Antragsteller zu erteilende Informationen

Der Antragsteller informiert die Verwaltung über jedes Element, das eine Änderung bezüglich der Gewährung oder der Auszahlung eines Pflegegelds zur Folge haben könnte, mit Ausnahme des Inkrafttretens einer Gesetzes-, Dekret- oder Ordnungsbestimmung, die den Senior betreffen könnte. Für die Anwendung von Artikel 23 Absatz 3 des Dekrets muss diese Mitteilung innerhalb von drei Monaten ab dem Datum des Ereignisses oder innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Kenntnisnahme des Ereignisses durch den Antragsteller erfolgen.

*Abschnitt 6 — Auszahlung***Art. 24 - Auszahlungszeitpunkt**

Unbeschadet des Artikels 19 des Dekrets wird das Pflegegeld spätestens am 20. Tag des Monats, auf den es sich bezieht, ausgezahlt.

Art. 25 - Verspätete Auszahlung

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 24 gilt eine Auszahlung als verspätet im Sinne von Artikel 27 des Dekrets, wenn sie nicht im Laufe des Monats, auf den sie sich bezieht, erfolgt.

Die rückständigen Beträge werden zusammen mit der ersten darauffolgenden Auszahlung des Pflegegelds gezahlt.

*Abschnitt 7 — Rückforderung***Art. 26 - Außergerichtliche Rückforderung**

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 24 des Dekrets und des Artikels 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft fasst die Verwaltung einen Beschluss über die Rückforderung des entsprechenden Betrags, wenn sie feststellt, dass Pflegegeld zu Unrecht ausgezahlt wurde.

§ 2 - Der zu Unrecht ausgezahlte Betrag, der dem Senior gemäß Artikel 18 notifiziert wurde, wird von ausstehenden Leistungen an den betreffenden Senior einbehalten.

§ 3 - Wenn keine Leistungen an den betreffenden Senior mehr ausstehen und eine Rückforderung durch Einbehaltung gemäß Paragraph 2 nicht möglich ist, fordert die Verwaltung den Senior zur vollständigen Rückzahlung des zu Unrecht ausgezahlten Betrags innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab der Notifizierung auf. Dieser Beschluss kann zusammen mit dem in Paragraph 1 erwähnten Beschluss notifiziert werden.

In dem in Absatz 1 erwähnten Fall kann der Senior die Verwaltung innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab der in Absatz 1 erwähnten Notifizierung schriftlich ersuchen, die Rückzahlung in Teilzahlungen zu leisten. Das Ersuchen des Seniors unterbricht die in Absatz 1 erwähnte Frist zur vollständigen Rückzahlung bis zur Wiedereinsetzung der Frist gemäß Absatz 5.

Die Verwaltung akzeptiert das Ersuchen, wenn der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf Betrug, arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder auf eine in Artikel 23 Absatz 3 des Dekrets erwähnte Verfehlung des Antragstellers zurückgeht. In diesem Fall schlägt die Verwaltung dem Senior einen Rückzahlungsplan in Teilzahlungen vor.

Der in Anwendung von Absatz 3 erstellte Rückzahlungsplan wird dem Senior innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab Übermittlung seines Ersuchens zur Annahme notifiziert. In Ermangelung einer Notifizierung innerhalb dieser Frist gilt das Ersuchen auf Rückzahlung in Teilzahlungen als abgelehnt. Das Ersuchen gilt ebenfalls als abgelehnt, wenn der Senior den Vorschlag der Verwaltung nicht innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen ab der Notifizierung des Vorschlags annimmt.

Die Frist zur vollständigen Rückzahlung setzt wieder ein, wenn:

1. die Verwaltung das in Absatz 2 erwähnte Ersuchen nicht akzeptiert;
2. der Rückzahlungsplan als abgelehnt gilt oder;
3. der Senior die Bedingungen des in Absatz 4 erwähnten Rückzahlungsplans in Teilzahlungen nicht einhält.

§ 4 - Nach Tilgung der Schuld übermittelt die Verwaltung dem Senior eine Bestätigung darüber, dass die zu Unrecht ausgezahlten Beträge vollständig zurückgezahlt wurden.

Art. 27 - Gerichtliche Rückforderung

Unbeschadet des Artikels 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft leitet die Verwaltung nach der Aufforderung der Zahlung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge in Anwendung von Artikel 26 § 3 Absatz 1 oder bei Nicht-Einhaltung der Bedingungen des in Artikel 26 § 3 Absatz 4 erwähnten Rückzahlungsplans in Teilzahlungen ein Verfahren auf Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge aufgrund von Artikel 580 Nummer 8 Buchstabe g) des Gerichtsgesetzbuches ein, wenn sie feststellt, dass sie die Beträge nicht auf außergerichtlichem Weg zurückfordern kann.

Art. 28 - Nichteintreibung von zu unsicheren oder zu kostspieligen Rückforderungen

§ 1 - Die Regierung kann von der in Artikel 27 erwähnten gerichtlichen Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge absehen und sie als nicht eintreibbar erklären, wenn diese den Gesamtbetrag von 800 Euro nicht überschreiten.

Unter der Bedingung, dass die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch eine künftige Einbehaltung auf noch ausstehende Leistungen nicht möglich ist und dass die sich daraus ergebende Schuld den Betrag von 30 Euro nicht überschreitet, kann die Regierung von der in Artikel 26 erwähnten außergerichtlichen Rückforderung absehen und die Beträge als nicht eintreibbar erklären.

§ 2 - Die Regierung kann von der Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch Zwangsvollstreckung absehen und sie als nicht eintreibbar erklären, wenn diese den Gesamtbetrag von 800 Euro nicht überschreiten.

Wenn der geschuldete Gesamtbetrag die Summe von 800 Euro nicht überschreitet, kann die Regierung ebenfalls davon absehen, den Konkursverwalter auf Aufnahme des Schuldners zu laden.

§ 3 - Die Regierung kann von jeglicher Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch Rechtsverfolgung oder Zwangsvollstreckung absehen und die entsprechenden Beträge als nicht eintreibbar erklären, wenn der Schuldner seinen Wohnsitz im Ausland hat und keine pfändbaren Güter in Belgien hat.

§ 4 - Die Regierung kann auf eine Rückforderung durch Zwangsvollstreckung verzichten und die Beträge als nicht eintreibbar erklären, wenn der Gesamtwert der gepfändeten Güter unzureichend für die Deckung der für die Weiterführung des Verfahrens nötigen Kosten scheint.

Art. 29 - Nichteintreibung aus sozialen Gründen

§ 1 - Die Regierung kann in dem in Artikel 35 § 3 des Dekrets erwähnten Fall je nach verfügbarem Haushaltseinkommen auf die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge verzichten und entsprechend als nicht eintreibbar erklären. Als verfügbares Haushaltseinkommen gilt jeder Betrag gleich welcher Art, über den der Senior, sein Ehepartner sowie die Person, mit der er eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen getätigt hat, verfügt. Ausgenommen von diesem Betrag ist das Pflegegeld, das die vorerwähnten Personen erhalten.

Verzichtet die Regierung in Anwendung von Absatz 1 auf die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge und erklärt diese entsprechend als nicht eintreibbar, erfolgt dies:

1. zu 100% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen des Antragstellers nicht über dem in Artikel 1409 § 1 Absatz 3 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt;

2. zu 90% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 103% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

3. zu 80% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 106% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

4. zu 70% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 109% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

5. zu 60% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 112% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

6. zu 50% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 115% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

7. zu 40% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 118% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

8. zu 30% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 121% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

9. zu 20% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 124% des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

10. zu 10% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über dem in Artikel 1409 § 1 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt.

Wenn das verfügbare Einkommen über dem in Absatz 2 Nummer 10 festgelegten Betrag liegt, kann die Regierung nicht mehr aufgrund von Absatz 1 auf die Rückforderung verzichten.

Falls die in Anwendung von Absatz 2 ermittelten Beträge den Bruchteil eines Euro enthalten, wird dieser Bruchteil eines Euro zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

Das verfügbare Haushaltseinkommen wird für die Anwendung der Absätze 2 und 3 pro Senior um das Pflegegeld, das er erhält, gemindert um den in Artikel 1409 § 1 Absatz 4 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag.

Für die Festlegung des verfügbaren Haushaltseinkommens wird die Situation des Haushaltes zum Zeitpunkt des Antrags auf Verzicht der Rückforderung berücksichtigt.

§ 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels übermittelt der Antragsteller der Regierung jedes sachdienliche Dokument, das für die Berechnung des verfügbaren Haushaltseinkommens benötigt wird.

§ 3 - Die Regierung fasst ihren Beschluss über die Nichteintreibung innerhalb der in Artikel 19 des Dekrets vorgesehenen Frist.

§ 4 - Zwangsvollstreckungsmaßnahmen werden ausgesetzt, sobald ein Senior einen Antrag auf Verzicht der Rückforderung stellt. Sie werden wieder aufgenommen ab dem Datum, an dem ein Beschluss über diesen Antrag gefasst wurde.

Kapitel 4 — *Schlussbestimmungen***Art. 30 - Aufhebungsbestimmung**

Der Königliche Erlass vom 5. März 1990 über die Beihilfe zur Unterstützung von Betagten, letztmalig abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Oktober 2015, wird aufgehoben.

Art. 31 - Abänderungsbestimmung

Artikel 47 des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort "Pflegegeld" durch das Wort "Pflegschaftsgeld" ersetzt.
2. In § 1 wird das Wort "Pflegegeld" durch das Wort "Pflegschaftsgeld" ersetzt.
3. In § 2 wird das Wort "Pflegegeld" durch das Wort "Pflegschaftsgeld" ersetzt.
4. In § 3 wird das Wort "Pflegegeld" durch das Wort "Pflegschaftsgeld" ersetzt.
5. In § 4 Absatz 1 wird das Wort "Pflegegeld" durch das Wort "Pflegschaftsgeld" ersetzt.
6. In § 5 wird das Wort "Pflegegeld" durch das Wort "Pflegschaftsgeld" ersetzt.

Art. 32 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Art. 33 - Durchführungsbestimmung

Der für die Seniorenpolitik zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt. Eupen, den 15. Dezember 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/204735]

**15 DECEMBRE 2022. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 27 juin 2022
relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, l'article 25, § 1^{er}, alinéa 1^{er};

Vu le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, l'article 7, alinéa 2, modifié par le décret du 11 décembre 2018;

Vu le décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées, l'article 7, l'article 10, alinéa 3, l'article 11, alinéa 2, l'article 12, l'article 14, alinéa 4, l'article 15, alinéa 3, l'article 17, alinéas 1^{er} et 3, l'article 18, alinéa 3, l'article 20, alinéa 3, 1^o et 3^o, l'article 25, alinéa 2, l'article 26, § 1^{er}, alinéa 2, l'article 27, l'article 33, alinéa 3, l'article 35, § 1^{er}, § 2, alinéa 2, § 3, alinéa 2 et l'article 42, alinéa 2;

Vu l'arrêté royal du 5 mars 1990 relatif à l'allocation pour l'aide aux personnes âgées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 concernant l'aide à la jeunesse et la protection de la jeunesse;

Vu l'avis du Conseil consultatif pour le soutien aux personnes âgées, donné le 11 août 2022;

Vu l'avis rendu le 26 août 2022 par le Conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

Vu l'avis n° 198/2022 de l'Autorité de protection des données, donné le 9 septembre 2022;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 21 octobre 2022;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 27 octobre 2022;

Vu l'avis n° 72.437/1 du Conseil d'État, donné le 1^{er} décembre 2022, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent pour la Politique des personnes âgées;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o décret : le décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées;

2^o administration : le Ministère de la Communauté germanophone;

3° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

4° allocation de soins : l'allocation de base et le supplément social mentionnés au chapitre 2 du décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées;

5° jours ouvrables : tous les jours, à l'exception des samedis, dimanches et jours fériés légaux.

Chapitre 2. — Allocation de soins pour personnes âgées

Section 1^{re}. — Allocation de base

Art. 2. Incompatibilités avec l'allocation de base

§ 1^{er} - Si, au moment de l'introduction de la demande, la personne âgée bénéficie d'une allocation de remplacement de revenus ou d'une allocation d'intégration au sens de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux personnes handicapées conformément à l'article 10, alinéa 1^{er}, du décret, l'administration vérifie si l'allocation de soins est plus avantageuse pour la personne âgée que l'allocation précitée.

Si l'allocation de soins est plus avantageuse et que les autres conditions mentionnées aux articles 4, 7 et, le cas échéant, 9, du décret, sont remplies, une décision favorable concernant l'octroi de l'allocation de soins peut être prise conformément aux articles 11 et 13. Si l'allocation de soins n'est pas plus avantageuse, elle n'est pas octroyée.

§ 2 - Dans le formulaire ou l'application informatique mis à disposition par l'administration conformément à l'article 7, le demandeur précise si la personne âgée bénéficie ou a bénéficié d'une allocation mentionnée à l'article 10 du décret ou d'une prestation mentionnée à l'article 14 du décret et indique le montant de cette allocation ou, selon le cas, de cette prestation.

Section 2. — Dispositions communes

Art. 3. Indexation

À partir de 2024, les montants mentionnés aux articles 6 et 8 du décret sont adaptés chaque année en janvier, sur la base de l'évolution de l'indice des traitements du service public de la Communauté germanophone, au moyen de l'indice-pivot 138,01 du mois de septembre de l'année précédente.

Art. 4. Modalités en cas de concomitance de prestations similaires

Par dérogation à l'article 16, la décision relative à la demande de la personne âgée qui a déménagé en région de langue allemande depuis une autre entité fédérée et qui, au moment du déménagement, bénéficiait d'une prestation émanant d'une autre entité fédérée et comparable à l'allocation de soins prend effet à partir du premier jour du mois suivant ledit déménagement, pour autant que la demande ait été introduite dans les trois mois suivant le déménagement.

Par « déménagement » au sens de l'alinéa 2, il faut entendre l'inscription de la personne âgée, sur la base des données du registre national, au registre de la population ou au registre des étrangers, mentionnée à l'article 1^{er}, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, de la loi du 19 juillet 1991 relative aux registres de la population, aux cartes d'identité, aux cartes des étrangers et aux documents de séjour.

Chapitre 3. — Procédure d'octroi et de recouvrement

Section 1^{re}. — Demandes

Art. 5. Âge minimal pour introduire une demande

Le demandeur peut introduire une demande d'allocation de soins au plus tôt le jour où la personne âgée a atteint l'âge légal de la retraite.

Art. 6. Introduction de la demande

En application de l'article 17 du décret, le demandeur introduit une demande d'allocation de soins auprès de l'administration.

La demande peut être introduite par écrit ou par voie électronique. Une demande électronique peut également être introduite sous la forme d'un formulaire en ligne que le demandeur remplit lui-même ou avec l'aide de l'Office, de l'administration ou d'une autre institution.

Si la personne âgée déménage en région de langue allemande depuis une autre entité fédérée et qu'elle bénéficie, au moment de son déménagement, d'une prestation comparable à l'allocation de soins, elle doit introduire une nouvelle demande conformément au présent arrêté.

Art. 7. Forme de la demande

Le demandeur introduit la demande au moyen d'un formulaire mis à disposition par l'administration, qui est envoyé par courrier à l'administration ou bien est rempli et envoyé au moyen d'une application numérique mise en ligne à cette fin.

Art. 8. Contenu de la demande

§ 1^{er} - Outre les données auxquelles elle a accès dans le respect des prescriptions applicables en matière de protection des données, l'administration peut notamment demander les informations énumérées au présent article, collectées au moyen du formulaire de demande.

§ 2 - Dans le cadre du formulaire de demande d'allocation de soins pour personnes âgées, les informations ci-après concernant la personne âgée peuvent être collectées :

1° les nom, prénom, numéro de registre national, statut d'assuré social, date de naissance, sexe, domicile, numéro de téléphone et adresse électronique;

2° les données indiquant si un BelRAI screener a été effectué dans les six derniers mois;

3° la langue de correspondance;

4° les données concernant le droit à une intervention majorée de l'assurance soins de santé;

5° les données indiquant s'il existe, conformément aux articles 10 et 14 du décret, un droit à d'autres aides intrabelges, leur montant et l'autorité compétente;

6° les données indiquant s'il existe un droit à des prestations étrangères en nature dans le domaine des prestations en espèces pour des soins de longue durée conformément aux articles 3 et 34 du règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale, leur montant et l'autorité compétente dans l'État membre concerné;

7° le numéro de compte et les coordonnées bancaires.

Par ailleurs, dans le cadre du formulaire de demande d'allocation de soins mentionné à l'alinéa 1^{er}, les informations ci-après concernant le représentant légal et le mandataire de la personne âgée peuvent être collectées :

1° les nom, prénom, domicile ou siège social, numéro de téléphone et adresse électronique;

2° le lien avec la personne âgée.

§ 3 - Outre les données mentionnées au § 2, la date de l'introduction de la demande et le nom du collaborateur de l'Office compétent sont collectés. Le formulaire de demande contient également un champ par le biais duquel le demandeur autorise l'administration à vérifier l'identité du titulaire du compte.

Section 2. — Traitement des demandes

Art. 9. Registre national des personnes physiques

L'administration s'adresse au registre national des personnes physiques pour obtenir les données énumérées conformément à l'article 3, alinéas 1^{er} et 2, de la loi du 8 août 1983 organisant un registre national des personnes physiques ou pour vérifier l'exactitude de ces informations.

L'utilisation d'une autre source n'est autorisée que si les données nécessaires ne sont pas disponibles auprès du registre national des personnes physiques.

Art. 10. Informations à utiliser lors du traitement

§ 1^{er} - L'administration examine la demande sur la base des informations fournies par le demandeur et de celles qu'elle recueille directement auprès de l'institution ou de la personne qui dispose des dites informations.

Sans préjudice de la possibilité de contrôle de l'administration, les informations, documents et pièces justificatives fournis par le demandeur sont présumés exacts.

§ 2 - Aux fins du contrôle administratif, l'administration traite, entre autres, les données d'identification légales contenues dans le registre national des personnes physiques.

Art. 11. Procédure de traitement

§ 1^{er} - L'administration délivre à la personne âgée un accusé de réception mentionnant la date de réception de la demande.

La date de réception est la date à laquelle la demande est estampillée au moment de sa réception par l'administration ou la date à laquelle l'administration a reçu la demande au moyen de l'application en ligne créée pour l'introduction de la demande.

§ 2 - L'administration décide dans un délai de vingt jours ouvrables à compter de la date de réception mentionnée au § 1^{er} si :

1° la demande est complète;

2° la personne âgée relève du champ d'application du décret conformément à l'article 4, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, § 2, 1°, § 3, 1°, ou § 4, alinéa 1^{er}, du décret.

§ 3 - Si la demande est complète, l'administration en informe le demandeur.

Si la demande est incomplète, l'administration communique par écrit à la personne âgée les informations ou documents complémentaires qu'elle doit présenter dans un délai d'un mois suivant la notification de la lettre lui demandant ces documents. Si la personne âgée ne présente pas les informations ou documents complémentaires dans ce délai, l'article 18, alinéa 2, du décret s'applique.

§ 4 - Si la demande est complète, que les conditions mentionnées à l'article 4 du décret sont remplies et qu'aucun BelRAI screener n'a été effectué dans les six derniers mois, l'article 12 s'applique.

Si la demande est complète, que les conditions mentionnées à l'article 4 du décret sont remplies et qu'un BelRAI screener a été effectué dans les six derniers mois, l'article 13 s'applique.

§ 5 - Si la condition mentionnée au § 2, alinéa 1^{er}, 2°, n'est pas remplie, l'administration déclare la demande irrecevable.

L'administration communique au demandeur la déclaration d'irrecevabilité par envoi recommandé. Cette déclaration mentionne :

1° la possibilité d'introduire un recours;

2° les instances compétentes qui en prennent connaissance;

3° les délais et formes à respecter.

Art. 12. Évaluation des besoins par l'Office

§ 1^{er} - Si aucun BelRAI screener n'a été effectué dans les six derniers mois ou que la personne âgée a demandé la révision de ses besoins conformément à l'article 14, l'administration transmet la demande à l'Office.

§ 2 - Après réception de la demande, l'Office transmet à la personne âgée une invitation en vue d'évaluer ses besoins sur la base du BelRAI screener.

Conformément à l'article 7, § 2, alinéa 3, de la loi du 22 août 2002 sur les droits du patient, la personne âgée a le droit, lors de l'évaluation de ses besoins, d'être assistée par une personne de confiance.

§ 3 - Dans un délai de trente jours ouvrables à compter de la réception de la demande, l'Office évalue les besoins de la personne âgée et transmet la demande à l'administration pour suite à donner.

Art. 13. Décision concernant la demande

Dans le délai mentionné à l'article 19, alinéa 1^{er}, du décret, le Ministre décide d'octroyer ou de refuser l'allocation de soins sur la base de l'examen des besoins de la personne âgée et des conditions fixées aux articles 4, 7 et 9 du décret.

L'administration communique au demandeur la décision du Ministre. Toute décision de refus est transmise par envoi recommandé et mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prennent connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Art. 14. Révision du droit à la demande du demandeur

§ 1^{er} - Le demandeur peut introduire une demande de révision du droit à l'allocation de soins s'il estime qu'il y a des changements qui justifient l'octroi ou une augmentation de ladite allocation.

La demande de révision est introduite conformément à l'article 6.

L'examen de la demande de révision s'opère conformément aux articles 9 à 13.

L'Office procède à une nouvelle évaluation des besoins conformément à l'article 12 uniquement si la demande de révision concerne l'évaluation des besoins.

§ 2 - Si l'évaluation des nouveaux besoins a pour conséquence l'augmentation de l'allocation de soins, la décision prend effet le jour du mois au cours duquel les besoins ont changé, conformément à l'article 13, alinéa 2, 1^o, du décret. Sauf preuve du contraire, les besoins sont réputés avoir changé à la date de la demande de révision.

§ 3 - Si l'évaluation des nouveaux besoins a pour conséquence la réduction de l'allocation de soins, la décision prend effet le premier jour du mois suivant celui au cours duquel la personne âgée se trouve dans l'une des situations mentionnées au § 1^{er}, conformément à l'article 13, alinéa 2, 1^o, du décret.

Art. 15. Révision du droit d'office

§ 1^{er} - Conformément à l'article 11, alinéa 1^{er}, du décret, une révision du droit à l'allocation de soins peut être opérée d'office dans les cas suivants :

- 1° si la personne âgée ne remplit plus une ou plusieurs des conditions mentionnées à l'article 4 du décret;
- 2° si un changement intervient dans les besoins de la personne âgée;
- 3° si la décision d'octroi initial de l'allocation de soins est entachée d'une erreur de droit ou matérielle;
- 4° s'il existe des éléments qui permettent de conclure que les besoins de la personne âgée ont changé et que celle-ci n'en a pas informé l'administration conformément à l'article 23.

§ 2 - Si la survenance de l'une des situations mentionnées au § 1^{er}, 2^o et 3^o, a pour conséquence l'augmentation de l'allocation de soins, la décision prend effet le jour du mois au cours duquel les besoins ont changé, conformément à l'article 13, alinéa 2, 1^o, du décret.

Si la survenance de l'une des situations mentionnées au § 1^{er}, 2^o, a pour conséquence la réduction de l'allocation de soins, la décision prend effet le premier jour du mois suivant celui au cours duquel la personne âgée se trouve dans l'une des situations énumérées au § 1^{er}, conformément à l'article 13, alinéa 2, 1^o, du décret.

Si la situation mentionnée au § 1^{er}, 3^o, se produit, la nouvelle décision prend effet à la date à laquelle la décision erronée aurait dû prendre effet, et ce, sans préjudice des dispositions applicables en matière de prescription.

La décision de révision d'office ne peut prendre effet avant la date de prise d'effet de la décision d'octroi initial de l'allocation de soins.

*Section 3. — Décisions***Art. 16.** Validité des décisions

Les décisions relatives à une demande d'allocation de soins prennent effet le jour où le droit à l'allocation de soins est ouvert conformément à l'article 13 du décret.

Art. 17. Délais de notification

En application de l'article 20, alinéa 3, 1^o, du décret et sans préjudice de l'article 16, l'administration fait connaître aux intéressés toute décision les concernant, et ce, dans un délai de deux semaines à compter de la prise de décision et au plus tard au moment de l'exécution de ladite décision.

Art. 18. Notification par envoi recommandé

En application de l'article 20, alinéa 3, 3^o, du décret, toute notification d'une décision réclamant le recouvrement d'une allocation de soins indûment liquidée se fait par envoi recommandé.

Si la personne âgée ne retire pas l'envoi recommandé mentionné à l'alinéa 1^{er}, l'administration lui notifie la décision par simple lettre. Cette lettre contient la date de l'envoi recommandé mentionné à l'alinéa 1^{er}. La date de l'envoi recommandé vaut date de référence pour tous les délais et conséquences juridiques découlant de la demande de recouvrement.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la récupération de tout montant indûment liquidé qui ne dépasse pas cinquante euros n'est pas notifiée par envoi recommandé.

*Section 4. — Recours***Art. 19.** Procédure de recours

La personne âgée peut introduire un recours auprès de l'administration en remplissant le formulaire de recours mentionné à l'article 20. Elle remplit ce formulaire elle-même ou contacte l'Office, l'administration ou une autre institution afin de le remplir avec un membre du personnel.

Pour éviter l'irrecevabilité du recours, la personne âgée demande le formulaire de recours à l'administration dans un délai de trente jours calendrier à compter de la notification de la décision mentionnée à l'article 17.

Art. 20. Formulaire de recours

§ 1^{er} - Sur demande, l'administration met un formulaire de recours à la disposition de toute personne âgée à qui est notifiée une décision d'octroi ou de refus de l'allocation de soins ou, selon le cas, de révision ou de révision d'office conformément à l'article 17.

Le formulaire mentionné à l'alinéa 1^{er} reprend les données suivantes :

- 1° les numéro de registre national, nom, prénom, domicile et numéro de téléphone de la personne âgée ou du demandeur;
- 2° le numéro de dossier de la demande de la personne âgée;
- 3° la nature et le contenu des informations et documents que la personne âgée a communiqués ou soumis à l'Office ou à l'administration;
- 4° le motif du recours;
- 5° la confirmation que la personne âgée a obtenu des informations et des éclaircissements quant à la suite donnée à son recours au sein de l'administration;
- 6° le correspondant de l'administration qui réceptionne le recours;
- 7° le lieu et la date;
- 8° la signature de la personne âgée ou du demandeur.

§ 2 - Pour éviter l'irrecevabilité du recours, la personne âgée introduit le formulaire de recours ainsi que toutes les pièces utiles à celui-ci dans un délai d'un mois à compter de sa transmission par l'administration.

Art. 21. Traitement et décision relative au recours

§ 1^{er} - Si le recours concerne l'évaluation des besoins, l'administration transmet celui-ci à l'Office. L'Office examine ledit recours et procède, le cas échéant, à une nouvelle évaluation des besoins conformément aux modalités prévues à l'article 12. L'examen du recours et l'éventuelle nouvelle évaluation sont assurés par des collaborateurs différents de ceux qui ont mené l'évaluation initiale.

Dans un délai de trente jours ouvrables à compter de la réception du recours par l'administration, l'Office communique à celle-ci les résultats de son examen dudit recours.

§ 2 - Le Ministre statue sur le recours dans un délai de quarante-cinq jours ouvrables suivant la réception du formulaire de recours. L'administration communique au demandeur la décision par envoi recommandé.

Si le Ministre rejette à nouveau la demande, la décision mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prennent connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

*Section 5. — Informations à fournir par l'administration ou le demandeur***Art. 22.** Informations à fournir par l'administration

Sans préjudice des dispositions de l'article 20 du décret, l'administration fournit au demandeur qui le requiert toutes les informations utiles concernant ses droits et devoirs et lui communique, de sa propre initiative, toutes les informations complémentaires nécessaires au traitement de sa demande ou au maintien de ses droits. Elle lui prodigue en outre des conseils sur l'exercice de ses droits ou l'accomplissement de ses devoirs.

L'administration fournit au demandeur les informations utiles suivantes :

- 1° les conditions d'octroi de l'allocation de soins demandée;
- 2° les conditions de maintien de l'octroi de l'allocation de soins;
- 3° les éléments pris en considération pour calculer le montant de l'allocation de soins;
- 4° les informations mentionnées dans le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE ainsi que celles mentionnées dans la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel. L'administration fournit, de sa propre initiative, ces informations au demandeur au moment de la demande.

À chaque demande d'allocation de soins, l'administration communique d'office au demandeur quelles informations il doit lui fournir conformément à l'article 23 en vue d'un traitement correct de la demande d'allocation de soins.

L'information mentionnée à l'alinéa 1^{er} :

- 1° indique clairement les références du dossier traité;
- 2° est précise et complète;
- 3° est gratuite;
- 4° est fournie dans un délai de quarante-cinq jours ouvrables.

Art. 23. Informations à fournir par le demandeur

Le demandeur informe l'administration de tout élément qui pourrait entraîner une modification en ce qui concerne l'octroi ou le paiement d'une allocation de soins, à l'exception de l'entrée en vigueur d'une disposition légale, décréte ou réglementaire pouvant concerner la personne âgée. Pour l'application de l'article 23, alinéa 3, du décret, cette notification doit être faite dans les trois mois à compter de la date de l'évènement ou dans les trois mois à compter de la date à laquelle le demandeur a pris connaissance de l'évènement.

*Section 6. — Liquidation***Art. 24.** Moment de la liquidation

Sans préjudice de l'article 19 du décret, l'allocation de soins est liquidée au plus tard le vingtième jour du mois auquel elle se rapporte.

Art. 25. Liquidation tardive

Sans préjudice de l'application de l'article 24, une liquidation est considérée comme tardive au sens de l'article 27 du décret si elle n'est pas effectuée dans le courant du mois auquel elle se rapporte.

Les arriérés sont payés en même temps que la première liquidation suivante de l'allocation de soins.

*Section 7. — Recouvrement***Art. 26. Recouvrement extrajudiciaire**

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'article 24 du décret et de l'article 25 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, si l'administration constate qu'une allocation de soins a été indûment liquidée, elle prend une décision quant au recouvrement du montant correspondant.

§ 2 - Le montant indûment liquidé, notifié à la personne âgée conformément à l'article 18, est retenu sur les prestations dues à la personne âgée concernée.

§ 3 - Si aucune autre prestation n'est due à la personne âgée concernée et que le recouvrement par retenue conformément au § 2 n'est pas possible, l'administration exige de la personne âgée le remboursement intégral du montant indûment liquidé dans les trente jours calendrier suivant la notification. Cette décision peut être notifiée conjointement à celle mentionnée au § 1^{er}.

Dans le cas visé à l'alinéa 1^{er}, la personne âgée peut, dans un délai de trente jours calendrier à compter de la notification mentionnée à l'alinéa 1^{er}, demander par écrit à l'administration de procéder au remboursement par paiements échelonnés. La demande de la personne âgée interrompt le délai de remboursement intégral mentionné à l'alinéa 1^{er}, et ce, jusqu'au commencement du nouveau délai au sens de l'alinéa 5.

L'administration accepte la demande si le montant indûment liquidé ne résulte pas d'une fraude, d'un dol, de manœuvres frauduleuses ou d'un manquement, dans le chef du demandeur, tel que mentionné à l'article 23, alinéa 3, du décret. Dans ce cas, l'administration propose à la personne âgée un plan de remboursement par tranches.

Le plan de remboursement établi en application de l'alinéa 3 est notifié à la personne âgée pour acceptation dans un délai de trente jours calendrier à compter de la transmission de sa demande. À défaut d'une notification dans ce délai, la demande de remboursement par paiements échelonnés est censée être rejetée. La demande est également réputée rejetée si la personne âgée n'accepte pas la proposition de l'administration dans les quinze jours calendrier suivant la notification de la proposition.

Le nouveau délai de remboursement intégral commence à courir si :

1° l'administration n'accepte pas la demande mentionnée à l'alinéa 2;

2° le plan de remboursement est réputé rejeté ou;

3° la personne âgée ne respecte pas le plan de remboursement par tranches mentionné à l'alinéa 4.

§ 4 - Après apurement de la dette, l'administration transmet à la personne âgée une confirmation selon laquelle les montants indûment liquidés ont été intégralement remboursés.

Art. 27. Recouvrement judiciaire

Sans préjudice de l'article 25 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'administration entame, après l'invitation à payer les montants indûment liquidés en application de l'article 26, § 3, alinéa 1^{er}, ou en cas de non-respect des conditions du plan de remboursement par tranches mentionné à l'article 26, § 3, alinéa 4, une procédure de recouvrement des montants indûment liquidés en vertu de l'article 580, 8°, g), du Code judiciaire, si elle constate qu'elle ne pourra pas recouvrer lesdits montants par voie extrajudiciaire.

Art. 28. Non-recouvrement dans le cas de répétitions incertaines ou trop onéreuses

§ 1^{er} - Le Gouvernement peut renoncer au recouvrement judiciaire des montants indûment liquidés mentionné à l'article 27 et les déclarer comme étant non recouvrables si ceux-ci n'excèdent pas le montant total de 800 euros.

À condition que le recouvrement de montants indûment liquidés ne puisse se faire par le biais d'une retenue future sur des prestations encore dues et que la dette qui en résulte n'excède pas 30 euros, le Gouvernement peut renoncer au recouvrement extrajudiciaire mentionné à l'article 26 et déclarer les montants comme étant non recouvrables.

§ 2 - Le Gouvernement peut renoncer au recouvrement par voie d'exécution forcée des montants indûment liquidés et les déclarer comme étant non recouvrables si ceux-ci n'excèdent pas le montant total de 800 euros.

Si le montant total dû est inférieur à 800 euros, le Gouvernement peut également renoncer à assigner en admission le curateur de la faillite du débiteur.

§ 3 - Le Gouvernement peut renoncer à tout recouvrement des montants indûment liquidés par le biais de poursuites judiciaires ou par voie d'exécution forcée et déclarer les montants correspondants comme étant non recouvrables si le débiteur est domicilié à l'étranger et qu'il ne possède aucun bien saisissable en Belgique.

§ 4 - Le Gouvernement peut renoncer à tout recouvrement par voie d'exécution forcée et déclarer les montants comme étant non recouvrables, si la totalité de la valeur des biens saisissables semble insuffisante pour couvrir les frais nécessaires à la poursuite de la procédure.

Art. 29. Non-recouvrement pour des raisons sociales

§ 1^{er} - Dans le cas mentionné à l'article 35, § 3, du décret, le Gouvernement peut, en fonction du revenu du ménage disponible, renoncer au recouvrement des montants indûment liquidés et les déclarer comme étant non recouvrables. Par « revenu du ménage disponible », il faut entendre tout montant de quelque nature que ce soit dont disposent la personne âgée, son conjoint ainsi que la personne avec laquelle elle a fait une déclaration de cohabitation légale. Est exclue de ce montant l'allocation de soins perçue par les personnes susmentionnées.

Si, en application de l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement renonce au recouvrement des montants indûment liquidés et les déclare comme étant non recouvrables, les plafonds suivants s'appliquent :

1° cent pour cent du montant dû si le revenu disponible du demandeur n'excède pas le montant fixé à l'article 1409, § 1^{er}, alinéa 3, du Code judiciaire;

2° nonante pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent trois pour cent du montant fixé au 1°;

3° quatre-vingts pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent six pour cent du montant fixé au 1°;

4° septante pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent neuf pour cent du montant fixé au 1°;

5° soixante pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent douze pour cent du montant fixé au 1°;

6° cinquante pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent quinze pour cent du montant fixé au 1°;

7° quarante pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent dix-huit pour cent du montant fixé au 1°;

8° trente pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent vingt et un pour cent du montant fixé au 1°;

9° vingt pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas cent vingt-quatre pour cent du montant fixé au 1°;

10° dix pour cent du montant dû si le revenu disponible n'excède pas le montant fixé à l'article 1409, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du Code judiciaire.

Si le revenu disponible excède le montant fixé à l'alinéa 2, 10°, le Gouvernement ne peut plus renoncer au recouvrement en vertu de l'alinéa 1^{er}.

Si les montants calculés en application de l'alinéa 2 se terminent par une fraction d'euro, celle-ci est arrondie à l'euro supérieur ou inférieur selon que cette fraction atteint ou non 0,5.

Pour l'application des alinéas 2 et 3, le revenu disponible du ménage est diminué du montant prévu à l'article 1409, § 1^{er}, alinéa 4, du Code judiciaire pour chaque personne âgée qui reçoit l'allocation de soins.

Afin de déterminer le revenu disponible, la situation du ménage au moment de la demande de renonciation au recouvrement est prise en compte.

§ 2 - Pour l'application du présent article, le demandeur transmet au Gouvernement tout document utile au calcul du revenu du ménage disponible.

§ 3 - Le Gouvernement statue sur le non-recouvrement dans le délai prévu à l'article 19 du décret.

§ 4 - Les mesures de recouvrement par voie d'exécution forcée sont suspendues dès que la personne âgée introduit une demande de renonciation au recouvrement. Elles reprennent à partir de la date à laquelle la décision concernant la demande a été prise.

Chapitre 4. — Dispositions finales

Art. 30. Disposition abrogatoire

L'arrêté royal du 5 mars 1990 relatif à l'allocation pour l'aide aux personnes âgées, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 15 octobre 2015, est abrogé.

Art. 31. Disposition modificative

À l'article 47 de l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 concernant l'aide à la jeunesse et la protection de la jeunesse, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, les mots « Allocation d'entretien » sont remplacés par les mots « Allocation d'accueil »;

2° dans le § 1^{er}, les mots « allocation d'entretien » sont remplacés par les mots « allocation d'accueil »;

3° dans le § 2, les mots « allocation d'entretien » sont remplacés par les mots « allocation d'accueil »;

4° dans le § 3, les mots « allocation d'entretien » sont remplacés par les mots « allocation d'accueil »;

5° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « allocation d'entretien » sont remplacés par les mots « allocation d'accueil »;

6° dans le § 5, les mots « allocation d'entretien » sont remplacés par les mots « allocation d'accueil ».

Art. 32. Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2023.

Art. 33. Exécution

Le Ministre compétent pour la Politique des personnes âgées est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 15 décembre 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/204735]

15 DECEMBER 2022. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, artikel 25, § 1, eerste lid;

Gelet op het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, artikel 7, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018;

Gelet op het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen, artikel 7, artikel 10, derde lid, artikel 11, tweede lid, artikel 12, artikel 14, vierde lid, artikel 15, derde lid, artikel 17, eerste en derde lid, artikel 18, derde lid, artikel 20, derde lid, 1^o en 3^o, artikel 25, tweede lid, artikel 26, § 1, tweede lid, artikel 27, artikel 33, derde lid, artikel 35, § 1, § 2, tweede lid, § 3, tweede lid, en artikel 42, tweede lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 5 maart 1990 betreffende de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden;

Gelet op het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;

Gelet op het advies van de Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen, gegeven op 11 augustus 2022;

Gelet op het advies van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gegeven op 26 augustus 2022;

Gelet op advies 198/2022 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 9 september 2022;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 21 oktober 2022;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 27 oktober 2022;

Gelet op advies 72.437/1 van de Raad van State, gegeven op 1 december 2022, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^b, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor het Ouderenbeleid;

Na beraadslaging,

Besluit :

*Hoofdstuk 1. — Algemene bepalingen***Artikel 1.** Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1^o decreet: het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen;

2^o administratie: het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3^o Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

4^o zorgbudget: het basiszorgbudget en de sociale bijslag vermeld in hoofdstuk 2 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen;

5^o werkdagen: alle dagen met uitzondering van de zaterdagen, zondagen en wettelijke feestdagen.

*Hoofdstuk 2. — Zorgbudget voor ouderen**Afdeling 1. — Basiszorgbudget***Art. 2.** Onverenigbaarheden met het basiszorgbudget

§ 1 - Als de oudere op het ogenblik van de indiening van de aanvraag een inkomensvervangende tegemoetkoming of een integratietegemoetkoming in de zin van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap ontvangt overeenkomstig artikel 10, eerste lid, van het decreet, onderzoekt de administratie of het zorgbudget voordeliger is voor de oudere dan de tegemoetkoming.

Als het zorgbudget voordeliger is en als aan de overige voorwaarden vermeld in de artikelen 4, 7 en, naargelang van het geval, 9 van het decreet is voldaan, kan een positieve beslissing over de toekenning van het zorgbudget worden genomen overeenkomstig de artikelen 11 en 13. Als het zorgbudget niet voordeliger is, wordt geen zorgbudget toegekend.

§ 2 - Op het formulier dat of de online-applicatie die de administratie overeenkomstig artikel 7 ter beschikking stelt, vermeldt de aanvrager of de oudere een in artikel 10 van het decreet vermelde tegemoetkoming of een in artikel 14 van het decreet vermelde uitkering ontvangt of heeft ontvangen en vermeldt hij het bedrag van die tegemoetkoming of uitkering.

*Afdeling 2. — Gemeenschappelijke bepalingen***Art. 3.** Indexering

Vanaf het jaar 2024 worden de bedragen vermeld in de artikelen 6 en 8 van het decreet, op basis van de evolutie van de indexering van de wedden in de openbare sector van de Duitstalige Gemeenschap, jaarlijks in januari aangepast aan de spilindex 138,01 van de maand september van het vorige jaar.

Art. 4. Nadere regels in geval van samenloop van uitkeringen van dezelfde aard

In afwijking van artikel 16 treedt de beslissing over de aanvraag van een oudere die vanuit een andere deelentiteit naar het Duitse taalgebied is verhuisd en die op het tijdstip van de verhuizing een met het zorgbudget vergelijkbare uitkering van een andere deelentiteit ontving, in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de verhuizing, mits de aanvraag binnen drie maanden na de verhuizing is ingediend.

Onder verhuizing in de zin van het tweede lid wordt verstaan: de inschrijving van de oudere in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister op basis van de gegevens van het rijksregister, zoals bedoeld in artikel 1, § 1, eerste lid, 1^o, van de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten.

Hoofdstuk 3. — Toekenningsprocedure en terugvoeringsprocedure

Afdeling 1. — Aanvragen

Art. 5. Minimumleeftijd voor het indienen van een aanvraag

De aanvrager kan de aanvraag voor een zorgbudget ten vroegste indienen op de dag dat de oudere de wettelijke pensioenleeftijd bereikt.

Art. 6. Indienen van een aanvraag

Met toepassing van artikel 17 van het decreet dient de aanvrager de aanvraag voor een zorgbudget in bij de administratie.

De aanvraag kan schriftelijk of digitaal worden ingediend. Een digitale aanvraag kan ook worden ingediend in de vorm van een onlineformulier dat de aanvrager zelf of met hulp van de Dienst voor zelfbeschikkend leven, de administratie of een andere instelling invult.

Als een oudere uit een andere deelentiteit naar het Duitse taalgebied verhuist en op het tijdstip van zijn verhuizing een uitkering krijgt die vergelijkbaar is met het zorgbudget, dan moet hij overeenkomstig dit besluit een nieuwe aanvraag indienen.

Art. 7. Vorm van de aanvraag

De aanvrager dient de aanvraag in via een door de administratie ter beschikking gesteld formulier dat hij invult en daarna per post of via de daartoe gecreëerde online-applicatie aan de administratie verzendt.

Art. 8. Inhoud van de aanvraag

§ 1 - De administratie kan, naast de gegevens waartoe ze met inachtneming van de toepasselijke voorschriften inzake bescherming van de persoonsgegevens toegang heeft, via het aanvraagformulier in het bijzonder vragen om de in dit artikel vermelde inlichtingen.

§ 2 - Met het aanvraagformulier voor het zorgbudget voor ouderen kunnen de volgende inlichtingen over de oudere worden gevraagd:

1^o naam, voornaam, rijksregisternummer, verzekeringsstatus, geboortedatum, geslacht, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;

2^o vermelding of in de laatste zes maanden een BelRAI-screener is uitgevoerd;

3^o communicatietaal;

4^o vermelding of recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging bestaat;

5^o vermelding of overeenkomstig de artikelen 10 en 14 van het decreet recht op andere tegemoetkomingen van Belgische deelentiteiten bestaat, het bedrag ervan en de bevoegde autoriteit;

6^o vermelding of recht bestaat op buitenlandse verstrekkingen op het gebied van "uitkeringen voor langdurige zorg" overeenkomstig de artikelen 3 en 34 van Verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels, de hoogte van de bedragen en de bevoegde autoriteit in de betrokken lidstaat;

7^o rekeningnummer en bankgegevens.

Op het aanvraagformulier voor het zorgbudget vermeld in het eerste lid kunnen ook de volgende gegevens over de wettelijke vertegenwoordiger en de gevolmachtigde van de oudere worden opgevraagd:

1^o naam, voornaam, woonplaats of bedrijfszetel, telefoonnummer en e-mailadres;

2^o band met de oudere.

§ 3 - Naast de gegevens vermeld in paragraaf 2 worden de datum van de aanvraag en de naam van de bevoegde medewerker van de Dienst voor zelfbeschikkend leven opgevraagd. Het aanvraagformulier bevat ook een veld waarmee de aanvrager aan de administratie toestemming geeft om de identiteit van de rekeninghouder te verifiëren.

Afdeling 2. — Behandeling van de aanvragen

Art. 9. Rijksregister van de natuurlijke personen

De administratie maakt gebruik van het Rijksregister van de natuurlijke personen om de gegevens bedoeld in artikel 3, eerste en tweede lid, van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen te verkrijgen of om de juistheid van die gegevens te verifiëren.

Het gebruik van een andere bron is alleen toegestaan als de noodzakelijke gegevens niet beschikbaar zijn in het Rijksregister van de natuurlijke personen.

Art. 10. Inlichtingen die bij de behandeling van de aanvragen moeten worden gebruikt

§ 1 - De administratie onderzoekt de aanvraag op basis van de door de aanvrager verstrekte informatie en op basis van de informatie die zij rechtstreeks verkrijgt van de instelling of persoon die over de informatie beschikt.

Met behoud van de mogelijkheid van controle door de administratie wordt ervan uitgegaan dat de door de aanvrager verstrekte inlichtingen, documenten en bewijzen waarheidsgetrouw zijn.

§ 2 - Met het oog op de administratieve verificatie verwerkt de administratie onder meer de wettelijke identificatiegegevens die in het Rijksregister van de natuurlijke personen vermeld staan.

Art. 11. Procedure voor de behandeling van de aanvragen

§ 1 - De administratie verstrekt de oudere een ontvangstbevestiging waarin de datum van ontvangst van de aanvraag wordt vermeld.

Als datum van ontvangst geldt de datum van de ontvangststempel van de administratie of de datum waarop de administratie de aanvraag heeft ontvangen via de online-applicatie die voor het indienen van de aanvraag ter beschikking wordt gesteld.

§ 2 - De administratie beslist binnen een termijn van twintig werkdagen, te rekenen vanaf de datum van ontvangst vermeld in paragraaf 1, of:

1° de aanvraag volledig is;

2° de oudere onder het toepassingsgebied van het decreet valt overeenkomstig artikel 4, § 1, eerste lid, 1°, § 2, 1°, § 3, 1° of § 4, eerste lid, van het decreet.

§ 3 - Als de aanvraag volledig is, stelt de administratie de aanvrager daarvan in kennis.

Als de aanvraag niet volledig is, deelt de administratie de oudere schriftelijk mee welke aanvullende inlichtingen of documenten hij moet verstrekken binnen een termijn van één maand na kennisgeving van het schrijven waarin om deze documenten wordt verzocht. Als de oudere de aanvullende inlichtingen of documenten niet binnen die termijn indient, is artikel 18, tweede lid, van het decreet van toepassing.

§ 4 - Als de aanvraag volledig is, aan de voorwaarden vermeld in artikel 4 van het decreet is voldaan en in de laatste zes maanden nog geen BelRAI-screener is uitgevoerd, is artikel 12 van toepassing.

Als de aanvraag volledig is, aan de voorwaarden van artikel 4 van het decreet is voldaan en in de laatste zes maanden een BelRAI-screener is uitgevoerd, is artikel 13 van toepassing.

§ 5 - Als niet aan de voorwaarde vermeld in § 2, eerste lid, 2°, is voldaan, verklaart de administratie de aanvraag niet-ontvankelijk.

De administratie zendt de verklaring van niet-ontvankelijkheid aangetekend toe aan de aanvrager. Daarin wordt het volgende vermeld:

1° de mogelijkheid om beroep in te stellen;

2° de bevoegde instanties die kennis nemen van het beroep;

3° de in acht te nemen termijnen en vormvoorschriften.

Art. 12. Vaststelling van de ondersteuningsbehoefte door de Dienst voor zelfbeschikkend leven

§ 1 - Als de oudere de laatste zes maanden geen BelRAI-screener heeft gehad of als de oudere verzoekt om een herziening van zijn ondersteuningsbehoefte overeenkomstig artikel 14, stuurt de administratie het verzoek door naar de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

§ 2 - Na ontvangst van de aanvraag stuurt de Dienst voor zelfbeschikkend leven een uitnodiging naar de oudere om de ondersteuningsbehoefte te bepalen op basis van de BelRAI-screener.

Overeenkomstig artikel 7, § 2, derde lid, van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt heeft de oudere het recht zich te laten bijstaan door een vertrouwenspersoon bij het vaststellen van de ondersteuningsbehoefte.

§ 3 - Binnen een termijn van dertig werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de aanvraag, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de ondersteuningsbehoefte van de oudere vast en zendt hij de aanvraag door aan de administratie voor verdere behandeling.

Art. 13. Beslissing over de aanvraag

Binnen de termijn vermeld in artikel 19, eerste lid, van het decreet beslist de Minister over de toekenning of de weigering van het zorgbudget op basis van het onderzoek naar de ondersteuningsbehoefte van de oudere en op basis van de voorwaarden bepaald in de artikelen 4, 7 en 9 van het decreet.

De administratie zendt de beslissing van de Minister toe aan de aanvrager. Een weigering wordt aangetekend verzonden en vermeldt:

1° de mogelijkheid om beroep in te stellen;

2° de bevoegde instanties die kennis nemen van het beroep;

3° de in acht te nemen termijnen en vormvoorschriften.

Art. 14. Herziening van het recht op zorgbudget op verzoek van de aanvrager

§ 1 - De aanvrager kan een herziening van het recht op zorgbudget aanvragen als hij van oordeel is dat zich wijzigingen hebben voorgedaan die de toekenning of verhoging van het zorgbudget rechtvaardigen.

Een aanvraag tot herziening wordt ingediend overeenkomstig artikel 6.

De aanvraag tot herziening wordt onderzocht overeenkomstig de artikelen 9 tot 13.

Alleen als de aanvraag tot herziening betrekking heeft op de vaststelling van de ondersteuningsbehoefte voert de Dienst voor zelfbeschikkend leven een nieuwe vaststelling van de ondersteuningsbehoefte overeenkomstig artikel 12 uit.

§ 2 - Als de vaststelling van de nieuwe ondersteuningsbehoefte tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verhoogd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de dag van de maand waarin zijn ondersteuningsbehoefte is gewijzigd. Tot bewijs van het tegendeel geldt dat de ondersteuningsbehoefte is gewijzigd op de dag van de aanvraag tot herziening.

§ 3 - Als de vaststelling van de nieuwe ondersteuningsbehoefte tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verminderd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin de oudere zich in een van de in paragraaf 1 vermelde situaties bevindt.

Art. 15. Herziening van het recht op zorgbudget van ambtswege

§ 1 - Overeenkomstig artikel 11, eerste lid, van het decreet kan het recht op zorgbudget in de volgende gevallen ambtshalve worden herzien:

1° als de oudere niet langer voldoet aan één of meer van de voorwaarden vermeld in artikel 4 van het decreet;

2° als de ondersteuningsbehoefte van de oudere verandert;

3° als de beslissing over de eerste toekenning van het zorgbudget een juridische of materiële fout bevat;

4° als elementen erop wijzen dat de ondersteuningsbehoefte van de oudere is gewijzigd en de oudere de administratie daarvan niet in kennis heeft gesteld overeenkomstig artikel 23.

§ 2 - Als een situatie als bedoeld in § 1, 2° en 3°, tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verhoogd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de dag van de maand waarin de ondersteuningsbehoefte is gewijzigd.

Als een situatie als bedoeld in § 1, 2°, tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verminderd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin de oudere zich in een van de in paragraaf 1 vermelde situaties bevindt.

Indien de situatie vermeld in § 1, 3°, zich voordoet, heeft de nieuwe beslissing uitwerking vanaf de dag dat de onwettige beslissing werkzaam had moeten worden, met behoud van de toepasselijke verjaringsbepalingen.

De beslissing tot herziening van ambtswege kan niet in werking treden vóór de datum van inwerkingtreding van de beslissing waarbij het zorgbudget voor het eerst wordt toegekend.

Afdeling 3. — Beslissingen

Art. 16. Werkzaamheid van de beslissingen

Beslissingen over een zorgbudgetaanvraag treden in werking op de dag dat de aanspraak op het zorgbudget overeenkomstig artikel 13 van het artikel ontstaat.

Art. 17. Termijnen voor de kennisgeving

Met toepassing van artikel 20, derde lid, 1°, van het decreet en met behoud van de toepassing van artikel 16 stelt de administratie de betrokkenen binnen twee weken nadat de beslissing is genomen en uiterlijk op het tijdstip van de uitvoering in kennis van elke beslissing die hen betreft.

Art. 18. Aangetekende kennisgeving

Elke kennisgeving van een beslissing om een ten onrechte uitbetaald zorgbudget terug te vorderen, geschiedt met toepassing van artikel 20, derde lid, 3°, van het decreet bij aangetekend schrijven.

Als de oudere het aangetekend schrijven vermeld in het eerste lid niet afhaalt, brengt de administratie de beslissing per gewone brief ter kennis van de oudere. Die brief bevat de datum van het aangetekend schrijven vermeld in het eerste lid. De datum van het aangetekend schrijven geldt als referentiedatum voor alle rechtsgevolgen en termijnen die uit de terugvordering voortvloeien.

In afwijking van het eerste lid geschiedt een kennisgeving niet bij aangetekend schrijven, als het ten onrechte uitbetaalde bedrag 50 euro of minder bedraagt.

Afdeling 4. — Beroepen

Art. 19. Beroepsprocedure

De oudere kan bij de administratie beroep instellen door het in artikel 20 vermelde formulier in te vullen. Hij vult dit formulier zelf in of neemt contact op met de Dienst voor zelfbeschikkend leven, de administratie of een andere instelling om het formulier samen met een personeelslid in te vullen.

Om de niet-ontvankelijkheid van het beroep te voorkomen, vraagt de oudere het formulier aan bij de administratie binnen dertig kalenderdagen, te rekenen vanaf de kennisgeving van de in artikel 17 vermelde kennisgeving van de beslissing.

Art. 20. Formulier om beroep in te stellen

§ 1 - De administratie stelt een bezwaarformulier ter beschikking op verzoek van alle ouderen die overeenkomstig artikel 17 in kennis zijn gesteld van een beslissing tot toekenning of weigering van het zorgbudget, een beslissing tot herziening of een beslissing tot herziening van ambtswege.

Het formulier vermeld in het eerste lid bevat de volgende gegevens:

1° rijksregisternummer, naam, voornaam, woonplaats en telefoonnummer van de oudere of van de aanvrager;

2° dossiernummer van de aanvraag van de oudere;

3° aard en inhoud van de inlichtingen en documenten die de oudere meegedeeld of ingediend heeft bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven of bij de administratie;

4° redenen van het beroep;

5° bevestiging dat de oudere op de hoogte is gebracht van het verdere verloop van zijn beroep bij de administratie en uitleg daarover heeft gekregen;

6° bij de administratie aangestelde contactpersoon die het beroep ontvangt;

7° plaats en datum;

8° handtekening van de oudere of aanvrager.

§ 2 - Om niet-ontvankelijkheid van het beroep te voorkomen, dient de oudere het bezwaarformulier en alle stukken die relevant zijn voor het beroep in binnen een maand nadat de administratie het formulier heeft toegezonden.

Art. 21. Behandeling van het beroep en beslissing over het beroep

§ 1 - Voor zover het beroep betrekking heeft op de vaststelling van de ondersteuningsbehoefte zendt de administratie het toe aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven. De Dienst voor zelfbeschikkend leven onderzoekt het en voert zo nodig een nieuwe vaststelling van de ondersteuningsbehoefte uit overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 12. Het onderzoek van het beroep en de eventuele nieuwe vaststelling van de ondersteuningsbehoefte worden door andere medewerkers gedaan dan degenen die de oorspronkelijke vaststelling hebben uitgevoerd.

Binnen een termijn van dertig werkdagen nadat de Dienst voor zelfbeschikkend leven het beroep van de administratie heeft ontvangen, bezorgt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de resultaten van zijn onderzoek van het beroep aan de administratie.

§ 2 - De Minister beslist over het beroep binnen 45 werkdagen na ontvangst van het bezwaarformulier. De administratie zendt de beslissing aangetekend toe aan de aanvrager.

Indien de Minister de aanvraag opnieuw afwijst, bevat de beslissing:

- 1° de mogelijkheid om beroep in te stellen;
- 2° de bevoegde instanties die kennis nemen van het beroep;
- 3° de in acht te nemen termijnen en vormvoorschriften.

Afdeling 5. — Inlichtingen die door de administratie of de aanvrager moeten worden verstrekt

Art. 22. Inlichtingen die door de administratie moeten worden verstrekt

Met behoud van de toepassing van artikel 20 van het decreet verstrekt de administratie de aanvrager, op diens verzoek, alle nuttige inlichtingen omtrent zijn rechten en plichten en bezorgt ze hem, op eigen initiatief, alle aanvullende inlichtingen die voor de behandeling van zijn aanvraag of voor de vrijwaring van zijn rechten noodzakelijk zijn. Bovendien adviseert ze hem over de uitoefening van zijn rechten of de nakoming van zijn plichten.

De administratie verstrekt de aanvrager de volgende nuttige inlichtingen:

- 1° de voorwaarden voor de toekenning van het aangevraagde zorgbudget;
- 2° de voorwaarden voor het behoud van de toekenning van het zorgbudget;
- 3° de elementen die in aanmerking zijn genomen voor de berekening van het bedrag van het zorgbudget;
- 4° de inlichtingen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens vermeld in de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG en vermeld in de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens. De administratie verstrekt die inlichtingen op het tijdstip van de aanvraag op eigen initiatief aan de aanvrager.

Telkens als een zorgbudget wordt aangevraagd, deelt de administratie de aanvrager van ambtswege mee welke inlichtingen hij overeenkomstig artikel 23 aan de administratie moet verstrekken opdat de administratie de aanvraag voor een zorgbudget correct kan behandelen.

De inlichting vermeld in het eerste lid:

- 1° vermeldt duidelijk het referentienummer van het behandelde dossier;
- 2° is precies en volledig;
- 3° is gratis;
- 4° wordt binnen een termijn van 45 werkdagen verstrekt.

Art. 23. Inlichtingen die door de aanvrager moeten worden verstrekt

De aanvrager deelt de administratie elk element mee dat een wijziging van de toekenning of de betaling van een zorgbudget tot gevolg zou kunnen hebben, met uitzondering van de inwerkingtreding van een wettelijke, decretaale of reglementaire bepaling die de oudere zou kunnen betreffen. Artikel 23, derde lid, van het decreet is van toepassing als die inlichting niet wordt meegedeeld binnen drie maanden na de datum van de gebeurtenis of binnen drie maanden na de datum waarop de aanvrager kennis heeft gekregen van de gebeurtenis.

Afdeling 6. — Uitbetaling

Art. 24. Tijdstip van de uitbetaling

Met behoud van de toepassing van artikel 19 van het decreet wordt het zorgbudget uiterlijk op de 20e dag van de maand waarop het betrekking heeft, uitbetaald.

Art. 25. Te late uitbetaling

Met behoud van de toepassing van artikel 24 geldt een uitbetaling als 'te laat' in de zin van artikel 27 van het decreet, als ze niet geschiedt in de loop van de maand waarop ze betrekking heeft.

De achterstallige bedragen worden samen met de eerstvolgende uitbetaling van het zorgbudget betaald.

Afdeling 7. — Terugvordering

Art. 26. Buitengerechtelijke terugvordering

§ 1 - Met behoud van de toepassing van artikel 24 van het decreet en met behoud van de toepassing van artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap besluit de administratie tot terugvordering van het bedrag in kwestie, als ze vaststelt dat ten onrechte zorgbudget uitbetaald werd.

§ 2 - Het ten onrechte uitbetaalde bedrag dat overeenkomstig artikel 18 ter kennis is gebracht van de oudere, wordt ingehouden op latere uitkeringen die aan de ouder verschuldigd zijn.

§ 3 - Als geen uitkeringen meer verschuldigd zijn aan de betrokken oudere en het bedrag niet teruggevorderd kan worden via een inhouding in de zin van paragraaf 2, maant de administratie de oudere aan om het ten onrechte uitbetaalde bedrag volledig terug te betalen binnen een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de kennisgeving. Die beslissing kan ter kennis gebracht worden samen met het besluit vermeld in paragraaf 1.

In het geval vermeld in het eerste lid en binnen een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de kennisgeving vermeld in het eerste lid, kan de oudere de administratie schriftelijk om een terugbetaling in schijven verzoeken. Het verzoek van de oudere stuit de in het eerste lid vermelde termijn waarbinnen het volledige bedrag moet worden terugbetaald totdat de nieuwe termijn begint te lopen overeenkomstig het vijfde lid.

De administratie aanvaardt het verzoek, als het ten onrechte uitbetaalde bedrag niet gebaseerd is op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of op een fout van de aanvrager vermeld in artikel 23, derde lid, van het decreet. In dat geval stelt de administratie aan de oudere een plan tot terugbetaling in schijven voor.

Binnen een termijn van dertig kalenderdagen na overzending van het verzoek van de oudere wordt het met toepassing van het derde lid opgemaakte terugbetalingsplan ter aanvaarding ter kennis gebracht van de oudere. Indien het terugbetalingsplan niet ter kennis wordt gebracht binnen die termijn, wordt het verzoek tot terugbetaling in schijven als afgewezen beschouwd. Het verzoek wordt ook als afgewezen beschouwd, als de oudere het voorstel van de administratie niet aanvaardt binnen een termijn van vijftien kalenderdagen die ingaat vanaf de kennisgeving van het voorstel.

De termijn voor de volledige terugbetaling begint opnieuw te lopen als:

1° de administratie het verzoek vermeld in het tweede lid niet inwilligt;

2° het terugbetalingsplan als afgewezen wordt beschouwd of;

3° de oudere zich niet houdt aan de voorwaarden gesteld in het plan tot terugbetaling in schijven vermeld in het vierde lid.

§ 4 - Na terugbetaling van de schuld bezorgt de administratie aan de oudere een bevestiging dat de ten onrechte uitbetaalde bedragen volledig terugbetaald werden.

Art. 27. Gerechtelijke terugvordering

Met behoud van de toepassing van artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap stelt de administratie - na de aanmaning tot betaling van de ten onrechte uitbetaalde bedragen met toepassing van artikel 26, § 3, eerste lid, of bij niet-naleving van de voorwaarden vervat in het plan tot terugbetaling in schijven vermeld in artikel 26, § 3, vierde lid - een procedure tot terugvordering van de ten onrechte uitbetaalde bedragen in op grond van artikel 580, 8°, g), van het Gerechtelijk Wetboek, als ze vaststelt dat ze de bedragen niet via buitengerechtelijke weg kan terugvorderen.

Art. 28. Niet-invordering van te onzekere of te dure terugvorderingen

§ 1 - De Regering kan afzien van de in artikel 27 vermelde gerechtelijke terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en kan die bedragen niet-invorderbaar verklaren, als ze het totale bedrag van 800 euro niet overschrijden.

Als ten onrechte uitbetaalde bedragen niet teruggevorderd kunnen worden door inhouding op nog uitstaande uitkeringen en als de daaruit resulterende schuld niet hoger is dan 30 euro, kan de Regering afzien van de buitengerechtelijke terugvordering vermeld in artikel 26 en de bedragen niet-invorderbaar verklaren.

§ 2 - De Regering kan afzien van de gedwongen tenuitvoerlegging van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaren, als die bedragen het totale bedrag van 800 euro niet overschrijden.

Indien het verschuldigde totaalbedrag de som van 800 euro niet overschrijdt, kan de Regering eveneens ervan afzien om de curator over het faillissement van hun schuldenaar in toelating te dagvaarden.

§ 3 - De Regering kan afzien van terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen via gerechtelijke vervolging of gedwongen tenuitvoerlegging en die bedragen niet-invorderbaar verklaren, indien de schuldenaar zijn woonplaats in het buitenland heeft en in België geen voor beslag vatbare goederen bezit.

§ 4 - De Regering kan afzien van de gedwongen tenuitvoerlegging en de bedragen niet-invorderbaar verklaren, indien de waarde van de goederen waarop beslag is gelegd, onvoldoende blijkt om de kosten te dekken die verbonden zijn aan het voortzetten van de procedure.

Art. 29. Niet-invordering om sociale redenen

§ 1 - In het geval vermeld in artikel 35, § 3, van het decreet kan de Regering, afhankelijk van het beschikbare gezinsinkomen, afzien van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaren. Als beschikbaar gezinsinkomen wordt beschouwd: elk bedrag, van welke aard ook, waarover de oudere, zijn echtgenoot en de persoon met wie hij een verklaring van wettelijke samenwoning heeft afgelegd, beschikt. Daaronder valt niet het zorgbudget dat de voormelde personen ontvangen.

Als de Regering met toepassing van het eerste lid afziet van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaart, geschiedt dat:

1° ten belope van 100% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen van de aanvrager niet hoger is dan het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, derde lid, van het Gerechtelijk Wetboek;

2° ten belope van 90% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 103% van het bedrag vermeld in 1°;

3° ten belope van 80% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 106% van het bedrag vermeld in 1°;

4° ten belope van 70% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 109% van het bedrag vermeld in 1°;

5° ten belope van 60% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 112% van het bedrag vermeld in 1°;

6° ten belope van 50% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 115% van het bedrag vermeld in 1°;

7° ten belope van 40% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 118% van het bedrag vermeld in 1°;

8° ten belope van 30% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 121% van het bedrag vermeld in 1°;

9° ten belope van 20% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 124% van het bedrag vermeld in 1°;

10° ten belope van 10% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek.

Als het beschikbare inkomen hoger is dan het bedrag bepaald in het tweede lid, 10°, kan de Regering niet meer afzien van de terugvordering op grond van het eerste lid.

Indien de met toepassing van het tweede lid berekende bedragen op een centgedeelte van een euro eindigen, wordt tot de hogere of lagere volle euro afgerond naargelang het centgedeelte al dan niet 0,5 bereikt.

Voor de toepassing van het tweede en het derde lid wordt het beschikbare gezinsinkomen per oudere, voor het zorgbudget dat hij ontvangt, verminderd met het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, vierde lid, van het Gerechtelijk Wetboek.

Om het beschikbare gezinsinkomen te bepalen, wordt rekening gehouden met de situatie van het gezin op het tijdstip van de aanvraag om af te zien van de terugvordering.

§ 2 - Voor de toepassing van dit artikel bezorgt de aanvrager de Regering elk ter zake dienend document dat nodig is om het beschikbare gezinsinkomen te berekenen.

§ 3 - De Regering beslist over de niet-invordering binnen de termijn bepaald in artikel 19 van het decreet.

§ 4 - Maatregelen van gedwongen tenuitvoerlegging worden geschorst, zodra een oudere een aanvraag doet om af te zien van de terugvordering. Ze worden weer opgenomen vanaf de datum waarop een beslissing over die aanvraag werd genomen.

Hoofdstuk 4. — *Slotbepalingen*

Art. 30. Opheffingsbepaling

Het koninklijk besluit van 5 maart 1990 betreffende de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 oktober 2015, wordt opgeheven.

Art. 31. Wijzigingsbepaling

(Geldt alleen voor de Duitse versie.)

Art. 32. Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2023.

Art. 33. Uitvoeringsbepaling

De Minister bevoegd voor het Ouderenbeleid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 15 december 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/205621]

4. MAI 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 7. Januar 2016 zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 32;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Januar 2016 zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 31. März 2023;

Aufgrund des Protokolls Nr. S3/2023 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. April 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 25. April 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 4. Mai 2023;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass aufgrund des Beschlusses der Regierung vom 29. März 2022 am 1. Januar 2023 u.a. die Personaldienste des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter dem arbeitsrechtlichen Dach des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft fusioniert worden sind; dass es aus diesem Grund in der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben den in Artikel 1 Nummer 3 des Erlasses der Regierung vom 7. Januar 2016 genannten Beamten nicht mehr gibt, sodass die Zusammensetzung des Direktionsrats insgesamt überdacht worden ist; dass die Funktionsfähigkeit der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben ohne zeitliche Verzögerung gewährleistet bleiben und der Direktionsrat die im Dienstrecht vorgesehenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen muss, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

In Erwägung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

In Erwägung des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, Artikel 2 und 9;

Auf Vorschlag des für Soziales zuständigen Ministers;